

Antrag LV001

Betr.: Europa ist mehr wert – Die Europäische Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts stärken

Antragsteller: FDP Landesvorstand

1 **Leitantrag**

2

3 **Die Europawahlversammlung möge beschließen:**

4

5 Die Europäische Union ist das größte, politische Erfolgsprojekt des 20.
6 Jahrhunderts. Nach zwei vernichtenden Weltkriegen ist der Europäische
7 Einigungsprozess auf den Werten der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit,
8 der Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte gegründet worden
9 und hat uns Frieden und Wohlstand gebracht. Diese Erfahrung zeigt: Wenn wir
10 gemeinsame Lösungen für grenzüberschreitende Probleme finden, können wir
11 Europa stärken. Wir Freie Demokraten sind überzeugte Europäer:

12 Wir stellen uns entschieden gegen Renationalisierungstendenzen von Links wie
13 Rechts.

14 Wir wollen den Europäischen Integrationsprozess mitgestalten. Denn um auch in
15 Zukunft von Europa zu profitieren, muss europäische Politik sich verändern und
16 den Fokus stärker auf Herausforderungen legen, bei denen der Nationalstaat an
17 seine eigenen Grenzen stößt, auf Herausforderungen, bei denen es einen
18 Mehrwert gibt, wenn die Europäische Union (EU) sich dem Problem annimmt.

19 Wir sind überzeugt, dass die Fokussierung auf diesen Europäischen Mehrwert
20 am besten in einem föderal und bundesstaatlich verfassten Europa verwirklichen
21 lässt. Die Europäische Gemeinschaft soll nur tätig werden, wenn die politischen
22 Ziele besser auf der Gemeinschaftsebene erreicht werden können. Nur so
23 können wir dem Subsidiaritätsprinzip Geltung verschaffen und die Aufgaben klar
24 und entschieden zwischen EU und Mitgliedsstaaten aufteilen (ordnen).

25 Bei Themen mit Europäischem Mehrwert, ist die Souveränität auf europäischer
26 Ebene zu bündeln. Dazu sind nicht alle Länder bereit. Die Weiterentwicklung der
27 EU darf sich aber nicht am skeptischsten Mitgliedsstaat orientieren, sondern
28 muss einer gemeinsamen Vorstellung vom Europäischen Mehrwert entsprechen.
29 Deshalb wollen wir Freie Demokraten verschiedene Möglichkeiten für
30 unterschiedliche Tiefen und Geschwindigkeiten bei der weiteren Integration
31 ausbauen und mehr Gebrauch von der „Verstärkten Zusammenarbeit“ machen.

Seite 2

32 Die Europäische Union soll nicht alles regeln, aber das, was sie regelt, soll sie
33 richtig regeln. Nur wenn es uns gelingt, den Europäischen Mehrwert zur
34 Richtschnur europäischer Politik zu machen und diesen zu kommunizieren,
35 werden wir das Potential der EU auch in Zukunft nutzen können. Den Anfang
36 wollen wir dabei mit der Stärkung der Europäischen Union als Raum der
37 Freiheit, der Sicherheit und des Rechts machen.

38 **Den Binnenmarkt vollenden – Raum der Freiheit**

39 Das europäische Friedensprojekt basiert maßgeblich auf der durch Kooperation
40 und Freiheit bestärkten, wirtschaftlichen und kulturellen Interdependenz Europas.
41 Deswegen setzen wir Freie Demokraten uns für die Vollendung des
42 europäischen Binnenmarktes ein. Für die Bürger Europas bedeutet der
43 Binnenmarkt die Möglichkeit, europaweit zu arbeiten, zu handeln und zu leben.
44 Nur in einem funktionierenden Binnenmarkt finden Unternehmen eine optimale
45 Umgebung, um zu wachsen und international wettbewerbsfähig zu werden. Der
46 Binnenmarkt schafft die Grundlage für einen nachhaltigen und effizienten Einsatz
47 natürlicher Ressourcen, für neue und sichere Arbeitsplätze und die dafür
48 benötigten Fachkräfte.

49 Wir wollen die Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit in den europäischen
50 Verträgen verankern. Studierenden, Auszubildenden und Schülerinnen und
51 Schülern in Aus- und Weiterbildung soll es so möglich werden, grenzenlos in der
52 EU zu lernen.

53 Die Gestaltung des digitalen Binnenmarktes bietet neue Chancen. Bislang haben
54 die Mitgliedstaaten alle ihren eigenen digitalen Markt mit je unterschiedlicher
55 Regulierung. Doch digitale Märkte machen keinen Halt an nationalstaatlichen
56 Grenzen. Damit Europa im globalen Wettbewerb mithalten kann und
57 Verbraucherinnen von den gemeinsamen Stärken des Europäischen Marktes
58 profitieren können, wollen wir Barrieren abbauen. In einem Binnenmarkt darf es
59 keine Rolle spielen, von welchem Ort aus Verbraucher auf Internetseiten,
60 Streaming-Dienste oder andere digitale Plattformen zugreifen, um einen Kauf
61 abzuschließen. Europa braucht eine Trendwende hin zu Innovation und
62 Investitionen, vor allem im Bereich der Digitalisierung. Dazu gehört insbesondere
63 auch die Digitalisierung der Verwaltung. Künftig muss eGovernment europäischer
64 Standard und Englisch zusätzliche Verkehrssprache in den Verwaltungen der EU
65 Mitgliedsstaaten werden.

66 Der digitale Binnenmarkt sollte auch die Durchsetzung europäischer Regeln
67 gegenüber den globalen Plattformunternehmen umfassen und die Stärken der
68 europäischen Forschungs- und Entwicklungszentren ausbauen. Gerade im
69 Bereich der Künstlichen Intelligenz sollten wir das Feld nicht China oder den
70 USA überlassen, sondern mit einer Forschungsoffensive dieses Zukunftsthema
71 auch in Europa voran bringen. Unabhängig von der konkreten Bewertung ihrer
72 Umsetzung hat die EU bereits mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
73 beim Umgang mit personenbezogenen Daten globale Standards gesetzt. Wenn
74 sie - gepaart mit gezielten Investitionen - Standards und Regeln für den Handel

Seite 3

75 mit Daten und den digitalen Binnenmarkt insgesamt setzt, kann sie die
76 Weiterentwicklung Künstlicher Intelligenz weltweit prägen.

77 Zur Vollendung des Binnenmarktes ist es zudem wichtig, das Klima für private
78 Investitionen zu verbessern, den freien Verkehr von Kapital innerhalb der
79 Eurozone weiter zu stärken und gemeinsam öffentliche Investitionen zu fördern.
80 Insbesondere bei letzterem kommt der Europäischen Investitionsbank (EIB) eine
81 entscheidende Rolle zu. Wir wollen die EIB stärken, damit die EU in erster Linie
82 Investitionen fördert, statt nur Subventionen zu verteilen. Die EIB kann mit ihren
83 Ressourcen und ihrer Expertise Investitionslücken füllen, grenzüberschreitende
84 Infrastruktur finanzieren, auf Reformpotential in den Mitgliedsstaaten hinweisen
85 und dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen. Die Schaffung der
86 Kapitalmarktunion dient dazu, die Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und
87 mittlere Unternehmen in Europa zu erweitern. Dadurch verringern wir die
88 Abhängigkeit einzelner Volkswirtschaften im Euroraum von einigen wenigen
89 nationalen Banken. Gleichzeitig verschaffen wir innovativen digitalen
90 Geschäftsmodellen faire Wettbewerbschancen. Um den Binnenmarkt für
91 Finanzdienstleistungen auszubauen, müssen einheitliche Definitionen für
92 erlaubnispflichtige Bankgeschäfte, Finanzdienstleistungen und Zahlungsdienste
93 geschaffen, das Insolvenzrecht und das Recht der Kreditsicherheiten in den
94 Mitgliedstaaten stärker angeglichen und das Geldwäscherecht für Banken sowie
95 Finanz- und Zahlungsdienstleister voll harmonisiert werden.

96 Die Freiheit zu handeln beschränkt sich für uns nicht nur auf den Binnenmarkt.
97 Die Europäische Union muss international ein Gegengewicht zu immer stärker
98 werdenden protektionistischen Bestrebungen werden. Zukünftig sollen alle
99 Freihandelsabkommen allein durch ein Mehrheitsvotum des Europäischen
100 Parlaments und des Rates zustande kommen. Die Ausfertigung und
101 Verhandlungen von künftigen Freihandelsverträgen haben vor diesem
102 Hintergrund in größtmöglicher Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und
103 Bürgern der EU zu erfolgen. Eine Ratifizierung durch die nationalen Parlamente
104 soll nicht mehr notwendig sein. Ferner setzen wir uns für einen modernen und
105 transparenten Investitionsschutz ein, in dem das bestehende System aus ad-hoc
106 Schiedsverfahren von bilateralen Schiedsgerichten durch einen ständigen
107 internationalen Schiedsgerichtshof ersetzt wird.

108 **Mit Sicherheit frei – Raum der Sicherheit**

109 Die Zeiten, in denen Bedrohungen nur national bekämpft werden können, sind
110 lange vorbei. Kriminalität war niemals nur lokal oder national begrenzt. Doch
111 Europäische Integration und Globalisierung haben neben überwiegend positiven
112 Ergebnissen auch kriminelles, grenzüberschreitendes Verhalten erleichtert. Die
113 Sicherung der Außengrenzen, die klassische Verteidigungspolitik, aber auch die
114 Sicherung im Inneren lassen sich durch stärkeres europäisches Engagement
115 bewältigen. Hier gibt es einen unverkennbaren Europäischen Mehrwert:

116 Um organisierter Kriminalität, Terrorismus oder strafbarem Handeln in
117 grenznahen Regionen zu begegnen, braucht es Kooperation auf europäischer

Seite 4

118 und internationaler Ebene. Die im Bereich der innereuropäischen Sicherheit
119 tätigen Agenturen der EU wie die Einheit für justizielle Zusammenarbeit der
120 Europäischen Union (EUROJUST), das Europäisches Polizeiamt (EUROPOL) und
121 die Europäische Polizeiakademie (CEPOL) leisten einen wichtigen Beitrag zum
122 Schutz von grundrechtlich geschützten Rechtsgütern. Wir wollen EUROPOL zu
123 einem Europäischen Kriminalamt ausbauen. Dieses muss bei
124 grenzüberschreitenden Sachverhalten mit wirksamen Ermittlungsbefugnissen die
125 Arbeit der Mitgliedsstaaten unterstützen können. Die Rechtmäßigkeit der
126 Maßnahmen der Behörde ist anhand der EU-Grundrechtecharta zu messen. Im
127 Bereich der Gefahrenabwehr soll EUROPOL die Erkenntnisse verschiedener
128 nationaler und europäischer Behörden zusammenführen, um insbesondere
129 gegen internationale Kriminalität und Terrorismus wirksam zu sein. Wir wollen
130 die europäische Staatsanwaltschaft schnellstmöglich in die Lage versetzen, ihre
131 Arbeit aufzunehmen. Perspektivisch sollen die Aufgaben der europäischen
132 Staatsanwaltschaft auch um Aufgaben bei der Terrorismusbekämpfung erweitert
133 und entsprechende Straftatbestände vollständig harmonisiert werden. Die
134 Nachrichtendienste in der EU sind sowohl für unsere Sicherheit als auch für die
135 außenpolitische Rolle Europas von strategischer Bedeutung. Damit die
136 Kooperation von Nachrichtendiensten in der EU künftig reibungsloser und
137 überprüfbarer wird, soll die Koordination von Nachrichtendiensten künftig in einer
138 eigenen Agentur mit Kontrolle durch das Europäische Parlament stattfinden. In
139 dieser Agentur soll das beim Europäischen Auswärtigen Dienst angesiedelte
140 nachrichtendienstliche Koordinierungsorgan EU Intelligence Analysis Center (EU
141 INTCEN) aufgehen. Um dem Anspruch eines sicheren Europas gerecht zu
142 werden, muss in der Kooperation von Polizei und Nachrichtendiensten auch die
143 Cybersicherheit gestärkt und auf europäischer Ebene strategisch vorangetrieben
144 werden. Dazu sollen vor allem die europäischen Nachrichtendienste ihre
145 Fähigkeit der Spionageabwehr entsprechend der technologischen Möglichkeiten
146 weiterentwickeln.

147 Wir Freie Demokraten verstehen sichere und geordnete Außengrenzen als
148 Voraussetzung für offene Grenzen innerhalb der Europäischen Union. Dafür
149 wollen wir das Grenzschutzregime der EU stärken. Insbesondere soll dafür die
150 Grenzschutzagentur FRONTEX von der jetzigen zwischenstaatlichen Struktur zu
151 einer echten europäischen Grenzschutzbehörde mit eigenen
152 Handlungsbefugnissen und Personal ausgebaut werden. Die neue
153 Grenzschutzbehörde soll der EU-Grundrechtecharta verpflichtet und dem
154 Europäischen Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig sein und regelmäßig
155 Bericht erstatten. Neben der Sicherung der EU-Außengrenzen soll sie im
156 Ausnahmefall auch Aufgaben der Registrierung und der Hochseenotrettung im
157 Mittelmeer wahrnehmen. Um weitere Tote durch kenternde Schlepperboote zu
158 verhindern, müssen wir den illegalen Schlepperbanden durch die Schaffung
159 legaler Zuwanderungsmöglichkeiten, Kooperation mit Anrainerstaaten und
160 konsequente strafrechtliche Verfolgung den Boden entziehen.

161 Zu einem sicheren Europa gehört auch eine stärkere Europäische
162 Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich. Wir Freie Demokraten wollen, dass
163 Europa gemeinsam Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit trägt. Der

Seite 5

164 wegweisende Beschluss von 25 Mitgliedstaaten, die Ständige Strukturierte
165 Zusammenarbeit (PESCO) im Verteidigungs-, Rüstungsentwicklungs- und
166 Beschaffungswesen zu etablieren, ist ein wichtiger Schritt. Wir wollen, dass die
167 beteiligten EU-Mitgliedstaaten das Projekt der Verteidigungsunion mit Leben
168 füllen und gezielt Fähigkeitslücken schließen. Das schließt insbesondere eine
169 gemeinsame Europäische Offiziersausbildung mit ein. Langfristig setzen wir uns
170 für den Aufbau einer Europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl mit
171 Parlamentsvorbehalt ein. Dazu streben wir schrittweise eine engere Verzahnung
172 und den Ausbau der gemeinsamen Fähigkeiten der Streitkräfte der
173 integrationswilligen Mitgliedsländer auch im Bereich der Cyber-Defense an. Bei all
174 diesen Schritten muss parallel die gemeinsame Handlungsfähigkeit
175 (Interoperabilität) mit Kräften und Instrumenten der NATO weiter verstärkt
176 werden. Dazu bedarf es schon heute eines stärkeren finanziellen Engagements
177 Deutschlands und die Verpflichtung der EU Mitgliedsstaaten auf ein
178 Drei-Prozent-Ziel bei den Ausgaben für Verteidigungs-, Außen- und
179 Entwicklungspolitik. In diesem Zusammenhang begrüßen wir, dass mit dem
180 Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) erstmals ein finanzielles Anreizsystem
181 für die gemeinsame Entwicklung und Beschaffung von Waffensystemen im
182 europäischen Rahmen geschaffen worden ist. Mit dem Koordinierten
183 Jahresbericht zur Verteidigung (CARD, Coordinated Annual Review on Defence)
184 besteht zusätzlich ein Mechanismus, mit dessen Hilfe die Mitgliedsstaaten ihre
185 militärische Fähigkeitsentwicklung an den gemeinsamen Bedarf anpassen
186 können. Beide Instrumente müssen genutzt werden, um Doppelungen zu
187 vermeiden und dringende strategische Fähigkeitslücken zu schließen. Nur
188 gemeinsam und in Kooperation mit der NATO kann die EU auch in Zukunft
189 Sicherheit für ihre Bürgerinnen und Bürger garantieren. Um dieses Potential voll
190 auszuschöpfen ist es unerlässlich, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
191 durch Mehrheitsentscheidungen, den Ausbau des Europäischen Auswärtigen
192 Dienstes und die Schaffung eines Europäischen Sitzes im UN-Sicherheitsrat zu
193 stärken.

194 **Europäische Bürgerrechte durchsetzen – Raum des Rechts**

195 Die Grundrechte-Charta der Europäischen Union stattet alle Bürger und
196 Bürgerinnen mit unveräußerlichen Rechten aus. Wir wollen dem Versprechen auf
197 unveräußerliche Grund- und Menschenrechte, das mit der EU-Staatsbürgerschaft
198 verbunden ist, wieder in der gesamten Europäischen Union zu Geltung
199 verhelfen. Galt die EU lange als Werte- und Rechtsgemeinschaft, in der alle
200 Mitgliedsstaaten Rechtsstaatlichkeit und Demokratie schützen und fördern,
201 fordern insbesondere die aktuellen Regierungen in Ungarn, Polen und Rumänien
202 mit ihrer Einschränkung der Gewaltenteilung und ihrer Missachtung von
203 Grundrechten und Prinzipien guter Regierungsführung die gemeinsamen Werte
204 der EU heraus.

205 Wir fordern einen Pakt für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (PDR), der
206 ähnlich wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt im Finanzbereich den Schutz
207 von Demokratie und Grundrechten in der EU sichern soll. In einem
208 Grundwerte-Monitoring sollen die Mitgliedsstaaten regelmäßig durch die

Seite 6

209 Europäische Kommission im Hinblick auf die Achtung der Menschenwürde,
210 Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der
211 Menschenrechte hin überprüft werden, wie sie in Artikel 2 des EU Vertrages als
212 europäische Werte formuliert sind. Im Falle einer Verletzung der gemeinsamen
213 Werte wird ein Korrekturverfahren durch die Kommission eingeleitet, das bei
214 Nicht-Erfüllung automatisch und ohne Einspruchsmöglichkeit für die
215 Mitgliedsstaaten in ein Sanktionsverfahren im Rahmen von Artikel 7 des
216 EU-Vertrages übergeht. Die Verhängung von Sanktionen – bis hin zum Entzug
217 des Stimmrechts im Ministerrat – erfolgt dabei im Europäischen Rat. Neben der
218 Kommission kann auch das Europäische Parlament bei Verletzung der in Artikel
219 2 genannten Werte ein Verfahren gegen einen Mitgliedsstaat mit einfacher
220 Mehrheit einleiten. Darüber hinaus muss die Gewährung finanzieller Mittel an
221 Mitgliedstaaten etwa im Rahmen der Kohäsions-, Struktur- und Regionalfonds an
222 die Einhaltung der gemeinsamen Werte, die Wahrung von Bürgerrechten und die
223 Existenz einer rechtsstaatlichen Ordnung mit unabhängiger Justiz geknüpft sein.
224 Wir treten deshalb dafür ein, dass neben den EU-Rahmen zur Stärkung des
225 Rechtsstaatsprinzips mit seinen Dialogmechanismen und den
226 Sanktionsmechanismen im Pakt für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ein
227 drittes Vorgehen ermöglicht wird, nach dem die Verteilung von Mitteln an die
228 Europäischen Mitgliedstaaten von der Beachtung dieser Werte abhängig
229 gemacht werden kann (Konditionalitätsklauseln). Alle Sanktionsmechanismen im
230 PDR und die Konditionalitätsklauseln müssen so ausgestaltet sein, dass sie nicht
231 durch eine kleine Minderheit von Mitgliedstaaten blockiert werden können.
232 Insbesondere sollen dabei Mitgliedsstaaten, gegen die bereits ein ähnliches
233 Verfahren läuft, von der Stimmabgabe ausgeschlossen sein. Die Europäische
234 Kommission soll zudem die Möglichkeit erhalten, „systemische
235 Vertragsverletzungsverfahren“ einzuleiten. Bei dem sie eine Reihe spezifischer
236 Vertragsverletzungsverfahren gegenüber einem Mitgliedstaat bündeln kann, die
237 zusammen ein Muster erkennen lassen, das eine schwerwiegende Verletzung der
238 gemeinsamen Werte nahelegt. Auf diese Weise könnten der Europäische
239 Gerichtshof und die EU-Kommission schneller und wirksamer gegen hartnäckig
240 vertragsverletzende Mitgliedstaaten vorgehen.

241 Die Europäische Union kann Demokratieförderung aber nicht nur bei ihren
242 Mitgliedsstaaten und den Beitrittsstaaten vorantreiben, sondern muss bei sich
243 selbst anfangen. Das Europäische Parlament muss ein vollumfängliches Initiativ-
244 und Haushaltsrecht sowie Gesetzgebungskompetenz erhalten. Die Wahlen zum
245 Europäischen Parlament sollen künftig mit einem einheitlichen europäischen
246 Wahlrecht mit transnationalen Listen und grenzüberschreitenden Wahlkreisen,
247 die nach dem Prinzip "one citizen, one vote" durchgeführt werden. Alle
248 Europäischen Institutionen müssen beim eigenen Handeln und bei der
249 Koordination von Mitgliedsstaaten auf die Einhaltung europäischer Werte und der
250 Grundrechtecharta achten und hinwirken. Um die europäische Öffentlichkeit zu
251 stärken, möchten wir europäische und transnationale Medienangebote wie Arte
252 und Euronews gezielt fördern und ausbauen.

253 Die Verwirklichung der Europäischen Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit
254 und des Rechts ist mehr als ein Ziel für eine europäische Innenpolitik, sondern

Seite 7

255 verdeutlicht den europäischen Mehrwert als Anspruch für zukunftsfähige,
256 europäische Politik.

257

258

Begründung:

erfolgt mündlich